

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle

VI/15

151/3

Vorlagen-Nummer

**3829/2012**

Freigabedatum 25.10.2012

---

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015, Teilplan Straße  
Vorschläge zur Bewertung von Vorhaben für das Kölner Stadtgebiet**

### Beschlussorgan

Verkehrsausschuss

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	30.10.2012

### Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die vorliegende Liste mit 17 Projektvorschlägen für den BVWP.

### Alternative

keine

**Haushaltsmäßige Auswirkungen** **Nein**

<input type="checkbox"/> <b>Ja, investiv</b>	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> <b>Ja, ergebniswirksam</b>	Aufwendungen für die Maßnahme	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:**

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

**Einsparungen: ab Haushaltsjahr:**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer \_\_\_\_\_

**Begründung:**

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung beabsichtigt, den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) für den Zeitraum nach 2015 fortzuschreiben. Das Erarbeitungsverfahren für den Teilplan Straße wurde nun eingeleitet. Es ist zunächst Aufgabe der Länder, Vorhaben zur Bewertung vorzuschlagen.

In einem ersten Schritt hat die Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 06.09.2012 die kreisfreien Städte, die Kreise und deren Gemeinden erstmals direkt aufgefordert, alle bedarfsplanrelevanten Maßnahmen zu benennen, die sie innerhalb ihrer Gebietskörperschaft als überprüfungswürdig ansehen. Die Anmeldung der Gemeinden hatte über E-Mail-Formulare zu erfolgen, die direkt ausgefüllt und bis spätestens 19.10.2012 an den Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen NRW) geschickt werden mussten.

Straßen NRW wird die Anmeldungen auswerten und der Bezirksregierung zeitnah eine Auflistung aller gemeldeten Maßnahmen zur Verfügung stellen. Es ist beabsichtigt, diese am 23.11.2012 der Verkehrskommission und am 14.12.2012 dem Regionalrat mit der Bitte eines Votums der für den BVWP 2015 zu bewertenden Maßnahmen vorzulegen. Dieses Votum dient als Grundlage für den Vorschlag des Landes, der Anfang 2013 dem Bundesverkehrsministerium zur weitergehenden Bedarfsplanprüfung übermittelt wird. Der Kabinettsbeschluss des Bundes zur Aufstellung des BVWP ist bisher für 2015 vorgesehen. Dieser wird als Referentenentwurf Grundlage des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen, der dann auf Landesebene voraussichtlich in 2015 Basis für eine umfassende Diskussion der Vorhaben mit einer entsprechenden Regionalratsbefassung sein wird. Anschließend ist dann vom Bundesgesetzgeber, d.h. mit einer Beteiligung der Länder im Bundesrat, die Aufstellung des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen vorgesehen.

Die Stadt Köln hat insgesamt 17 Straßenbauprojekte zur Überprüfung angemeldet, die überwiegend bereits im aktuellen Bundesverkehrswegeplan als vordringlicher oder weiterer Bedarf aufgeführt und in der Planung unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Die Verwaltung erbittet hiermit die nachträgliche Bestätigung der Anmeldung durch den Verkehrsausschuss.

Bei den Meldungen wurde entsprechend den Informationen von Straßen NRW davon ausgegangen, dass die letzten noch ausstehenden Erweiterungen des Autobahnringes auf Kölner Stadtgebiet bis 2015 realisiert und ausfinanziert sein werden. Angesichts der im Fernverkehr erwarteten Verkehrszuwächse ist nach der Fertigstellung dieser Ausbaustrecken im Kölner Autobahnring der Ausbau weiterer Autobahnkreuze zur Steigerung der Kapazität in den Haupt-Abbiegerichtungen erforderlich. Weiterhin sollen die wichtigsten Zulaufstrecken zum Kölner Autobahnring um zwei zusätzliche Fahrstreifen erweitert werden. Im Interesse der Stadt Köln liegen zudem der Ausbau leistungsfähiger Netzschlüsse zwischen den Autobahnen im Kölner Süden, der Ausbau einiger hochbelasteter Autobahn-Anschlussstellen und die Ertüchtigung von überlasteten Straßenabschnitten im Umfeld von Autobahn-Anschlussstellen.

Bei den Projektanmeldungen wurden die Umgestaltungen von Autobahnkreuzen, Anschlussstellen und Knotenpunkten von Bundesstraßen, die im Regelfall im Rahmen des Streckenausbaus angrenzender Streckenabschnitte mitgeplant werden, zusätzlich als eigenständige Projektvorschläge in das Anmeldeverfahren eingespeist. Dies geschah unter der Überlegung, dass der Ausbau dieser Knotenpunkte ggfs. auch als Einzelmaßnahme geeignet sein könnte, die Staugefährdung auf den angrenzenden Strecken zu verringern.

Begründung der Dringlichkeit: Aufgrund der Sitzungsfolge des Verkehrsausschusses war es nicht möglich, das Votum des Ausschusses vor der von der Bezirksregierung Köln bis 19.10.2012 geforderten Abgabe der Projektanmeldungen einzuholen. Die Anmeldungen mussten daher unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Verkehrsausschusses erfolgen.

Die endgültige Festlegung auf die anzumeldenden Projekte war zudem verwaltungsintern erst kurz vor dem Abgabetermin abgeschlossen.

Anlage: Liste der überprüfungswürdigen Projektvorschläge für das Kölner Stadtgebiet